

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Katharina Schulze

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Andreas Winhart

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Hagen

Abg. Markus Plenk

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Susanne Kurz

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Thomas Huber

Abg. Andreas Krahl

Abg. Rainer Ludwig

Staatsminister Hubert Aiwanger

Staatsministerin Melanie Huml

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE
WÄHLER**

"Lehren aus Corona: Krise meistern - Zukunft sichern!"

Sie kennen alle das Prozedere: Fünf Minuten pro Redner. Wenn einer verzichtet, kann dafür ein anderer zehn Minuten sprechen. Als Erstem erteile ich dem Kollegen Dr. Fabian Mehring das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie stellt in diesen Tagen die ganze Weltgemeinschaft und damit auch unsere gemeinsame Heimat Bayern vor die größten Herausforderungen der Nachkriegszeit. In Diensten des Gesundheitsschutzes ist es nötig geworden, die Freiheitsrechte der Menschen in Bayern empfindlich einzuschränken. Unser Gesundheitssystem durchläuft einen Belastungstest, die Gesellschaft einen Charaktertest, unsere Wirtschaft liegt wegen des Lockdown vorübergehend am Boden. Bildung und Kinderbetreuung sind nur auf Sparflamme möglich. Der Staatshaushalt ist durch Wirtschaftshilfen massiv belastet, und auch wir als Verfassungsorgan, als Parlament, haben alle Hände voll zu tun, um unsere Handlungsfähigkeit in diesen schwierigen Zeiten zu erhalten.

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine ich, dass wir in die Aussage einstimmen können, die in den letzten Wochen und Monaten zum geflügelten Wort geworden ist: Bayern ist dabei bislang ganz gut durchgekommen. Bayern ist bislang ganz gut durchgekommen, weil es zuvor seine Hausaufgaben gemacht hatte, vor dieser Krise gut dastand, weil die Bayerische Staatsregierung, lieber Stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger, kluge, entschlossene Entscheidungen getroffen hat und weil auch die Opposition bereit war, die parteipolitischen Ränkespiele zurückzustellen und gemeinsam das auf den Weg zu bringen, was das Beste für Bayern ist. Deshalb ist Bayern in den letzten Wochen und Monaten zur Benchmark der Krisenbewältigung in

Deutschland und darüber hinaus geworden. Ich meine, dafür brauchen wir uns nicht zu schämen, auch nicht, wenn Minderheiten demonstrieren, auch nicht, wenn einige von rechts außen den dabei hinterlegten Grundkonsens zwischenzeitlich nicht mehr erinnern können. Nein, wir können stolz darauf sein, wie wir das gemacht haben, und ich sage – ich denke, im Namen des gesamten Hauses – an die Opposition und die regierungstragenden Fraktionen ein herzliches Vergelts Gott für diese Art Sternstunde der Demokratie und des guten Zusammenarbeitens zum Besten für Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch wenn es in den letzten Wochen bislang hier besser gelaufen ist als anderenorts, sollten wir nach meinem Dafürhalten trotzdem zwei Dinge im Blick behalten:

Erstens. Diese Krise hat sich auch in Bayern wie ein Brennglas ausgewirkt, das uns verdichtet vor Augen geführt hat, welche Fehlentwicklungen und Herausforderungen es im Bereich von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten im bayerischen, im deutschen und im internationalen Umfeld gegeben hat.

Zweitens. Das ist die gute Botschaft: Mit dieser Krise ist wie mit vielen Krisen zuvor gewissermaßen auch eine Chance verbunden, ja, diese Krise eröffnet einen Möglichkeitenraum, ein Window of Opportunity, um vor dem Hintergrund dieses Brennglaseffektes an der einen oder anderen Stelle nachzusteuern, Verbesserungen auf den Weg zu bringen. So können wir dafür sorgen, dass Bayern gestärkt aus dieser Krise hervorgeht und nach Corona ein noch besseres Bayern als zuvor ist. Ich gebrauche noch einmal das Bild aus der letzten Plenarsitzung: Aktuell liegt Bayern als Corona-Patient am Boden. Wir haben jetzt die einmalige, die historische Gelegenheit, für den Moment, in dem Bayern wieder aufsteht, in Wirtschaft und Gesellschaft ein Stück weit nachzusteuern hinsichtlich der Richtung, in die Bayern dann läuft, und gemeinsam mit einem Feuerwerk der Ideen dafür zu sorgen, dass Bayern nach Corona noch besser wird, als es vorher ohnedies schon gewesen ist.

Ich nenne ein Beispiel aus der Gesundheitspolitik: Das Brennglas Corona hat uns vor Augen geführt, wie wichtig unsere Pflegekräfte und deren Tun in Bayern sind. Wir haben jetzt die Chance, nachzusteuern und über den 500-Euro-Pflegebonus hinaus mit geeigneten Reformen dafür zu sorgen, dass diese Sonderrolle auch auf Dauer in die Zukunft getragen wird. Wir haben über den Brennglaseffekt von Corona gemerkt, wie wichtig unsere kommunalen Krankenhäuser für die bestmögliche Gesundheitsversorgung der Menschen in Bayern sind. Wir haben jetzt die Chance, in der Krise entsprechend nachzusteuern und Verbesserungen auf den Weg zu bringen.

Wir haben im Bereich des Katastrophenschutzes gemerkt, dass es zunächst einmal nötig war, Masken aus China einzufliegen. Das war der Brennglaseffekt. Jetzt haben wir die Chance, entsprechend nachzusteuern und uns im Zivil- und Katastrophenschutz für vergleichbare andere Krisen in der Zukunft entsprechend zu rüsten.

Dies gilt auch für die Wirtschaftspolitik: Wir haben gemerkt, dass Lieferketten aufgrund von zu vielen internationalen Abhängigkeiten abgebrochen sind. Wir haben jetzt die Chance, nachzusteuern. Wir haben die Chance, Corona auch für einen Innovationschub zu nutzen und gemeinsam dafür zu sorgen, dass Bayern nach "Whatever it takes" in der Krise auch darüber hinaus die Benchmark der Bewältigung ist – also nicht nur beim Weg in die Krise, sondern auch nach der Krise an der Spitze vorangeht, zum Beispiel bei den Lehren aus der Krise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist die Zeit, über solche Veränderungen zu diskutieren. Wir wollen die Debatte mit dieser Aktuellen Stunde eröffnen. Wir wollen ein demokratisches Feuerwerk der Ideen auf den Weg bringen und Lehren aus Corona ziehen mit dem Ziel, unser Bayern nach Corona noch besser zu machen. Wir waren federführend beim Weg in und beim Weg durch die Krise. Jetzt gilt es, gemeinsam im demokratischen Schulterschluss dafür zu sorgen, dass unsere Heimat Bayern auch beim Weg aus der Krise, beim Ziehen der Lehren aus der Krise federführend bleibt,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): sodass Bayern, unsere Heimat, noch stärker aus der Krise hervorgeht,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): als es in die Krise hineingeschlittert ist. Auf diese Debatte freuen wir uns.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich Frau Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuallererst Danke sagen: an die Eltern, die seit Wochen Homeoffice und Homeschooling jonglieren; an die Kinder, die ausgeharrt haben und ihre Freundinnen und Freunde nicht sehen konnten; an die Omas, die die Enkelin oder den Enkel nicht sehen konnten; an die Abiturientinnen und Abiturienten, die sich ihr 2020 sicherlich anders vorgestellt haben; an die Unternehmerinnen und Unternehmer, die mit kreativen Ideen ihre Unternehmen durch die schwere Zeit steuern; an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Tag und Nacht fieberhaft daran arbeiten, dieses Virus besser zu verstehen; an die Musikerinnen und Musiker, die ihr Publikum vermissen – wir, das Publikum, vermissen sie auch –; an die Verwaltung; an die Polizei; an die Rettungskräfte; an die Menschen im Gesundheitswesen; an die Feuerwehr. Vielen Dank!

Wir haben gemeinsam die Ausbreitungskurve abgeflacht und verlangsamt. Bilder wie aus Italien oder New York sind uns zum Glück erspart geblieben. Das ist eine gemeinsame Leistung der gesamten Gesellschaft. Dafür vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch etwas Schönes sieht man während der Corona-Pandemie: Das Herz unserer Demokratie schlägt kräftig. Die Zivilgesellschaft packt mit an. Die Exekutive arbeitet.

Die Gerichte kontrollieren die Verordnungen der Regierung; sie haben einige auch gekippt. Die Presse berichtet umfangreich. Auch wir im Parlament kontrollieren. Als GRÜNE haben wir schon einige Verbesserungen durchgesetzt. Ich nenne als Erstes den 500-Euro-Pflegebonus. Wir haben die Kinderrechte stärker in den Fokus gerückt und sind für die Versammlungsfreiheit eingetreten – um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Es ist wichtig, sich klarzumachen: Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir treten jetzt in Phase zwei ein. Bis wir einen Impfstoff oder ein Gegenmittel haben, müssen wir mit dem Virus leben.

Uns GRÜNEN sind dabei folgende Dinge wichtig:

Erstens. Wir brauchen ausreichend Transparenz; denn sie schafft Vertrauen. Wir wollen hier im Bayerischen Landtag eine Corona-Kommission einrichten, um die bisherigen Maßnahmen zu evaluieren, für die Zukunft zu lernen und mit interdisziplinären Expertinnen und Experten daran zu arbeiten, die weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nach vorne zu stellen. Für uns ist klar: Wir dürfen nicht erst nach der Krise überlegen, was man hätte besser machen können, sondern wir müssen jetzt für die Zukunft lernen.

Außerdem braucht es – zweitens – einen Aktionsplan für die zweite Welle. Wir müssen jetzt die Voraussetzungen schaffen, damit wir bei einer möglichen zweiten Welle besser und vor allem zielgerichteter reagieren können. Als GRÜNE fragen wir schon seit Wochen: Warum werden die Testkapazitäten in Bayern nicht komplett ausgeschöpft? – In dieser Frage bewegen Sie sich zum Glück endlich. Ich würde mich freuen, wenn Sie auch bei anderen Themen einen Zahn zulegen: Gesundheitsämter digital besser ausstatten, Schutzmaterial für alle bereitstellen, Hygienekonzepte in allen Bereichen und – vor allem – Regeln für ein regionales Reagieren auf gegebenenfalls eintretende neue Ausbruchsszenarien entwickeln.

Drittens ein sehr wichtiger Punkt: Wir haben in dieser Krise festgestellt, dass Care-Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, systemrelevant und unersetzbar sind. Diese Wertschätzung müssen wir beibehalten. Das war für einige hier im Hohen Haus – dieses Gefühl hatte ich – eine neue Erkenntnis. Deswegen von unserer Seite die klare Ansage: Um 19 Uhr auf dem Balkon zu klatschen, reicht nicht aus. Die Rahmenbedingungen müssen jetzt angepasst werden: bessere Bezahlung, kürzere Arbeitszeiten, mehr Mitsprache. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, werden Sie, die Regierung, daran messen, ob Sie substantielle Änderungen in dieser Richtung durchsetzen. Wir werden auf jeden Fall weiterhin unsere Vorschläge vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der vierte entscheidende Punkt ist, dass wir die sozial-ökologische Transformation jetzt brauchen; denn die Klimakrise schläft während Corona nicht. Getreu dem Motto "Fight Every Crisis!" müssen wir die Weichen für die Zukunft jetzt richtig stellen. Ich möchte hier noch einmal für alle klarstellen: Eine Abwrackprämie für den Verbrenner ist nicht Teil der sozial-ökologischen Transformation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Investitionen in Bildung und Forschung, in die Energie- und Mobilitätswende und in die Digitalisierung.

Der fünfte Punkt ist gutes Management. Das bedeutet Kommunikation, die verständlich und klar ist, die wertschätzend und unterstützend ist, die Ängste abbaut. Die Maßnahmen müssen auf wissenschaftlichen Fakten gegründet sein. Wissenschaftsschelte in der Hoffnung auf ein paar Stimmen mehr zu betreiben, gehört eindeutig nicht dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Corona-Pandemie hat Spuren bei uns allen und in unserer Gesellschaft hinterlassen. Sie wird uns noch lange begleiten. Es gilt also, solidarisch zu handeln, europäisch zu denken und immer auch diejenigen im Blick zu

haben, die bisher nicht im Fokus standen oder keine Kraft hatten, laut zu sein und sich Gehör zu verschaffen. Wir kommen aus dieser Krise nur gemeinsam heraus. Packen wir es also an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion hat als Nächster Herr Kollege Sandro Kirchner das Wort. Er spricht 10 Minuten.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir alle haben noch die Bilder aus Italien und den USA vor Augen: Viele, viele Tote wurden mit militärischem Equipment durch die Straßen transportiert oder mussten in Transportern ungekühlt in den Straßen "zwischenlagert" werden, weil keine Kapazitäten der Bestattungsunternehmen mehr zur Verfügung standen. Erst heute Morgen in den Nachrichten kam die Zahl: Über 100.000 Tote in den USA. – Wir sehen, dass das eine sehr kritische Situation war und ist. Wir sehen aber auch, dass in Bayern offensichtlich viele Dinge richtig gemacht worden sind, dass hier richtig gehandelt worden ist – zum Schutz unserer Bevölkerung, zum Wohle unserer Gesundheit – und dass das Maximale damit auch eingebracht ist.

Die positive Entwicklung der Infektionszahlen bestätigt den bayerischen Weg. Er ist auch international bemerkenswert. Erlauben Sie mir deshalb, an dieser Stelle all jenen Danke zu sagen, die dazu beigetragen haben, dass die Regeln eingehalten worden sind. Damit wurde dieser Weg in dieser Form und mit diesem Ergebnis erst möglich.

Kommen wir zur Wirtschaft. Der Freistaat Bayern, die bayerische Wirtschaft, steht ganz klar vor großen Herausforderungen. Kollege Mehring, ich würde nicht sagen, dass Bayern am Boden liege und zerstört sei; aber Herausforderungen sind ganz klar da.

Der Staat hat natürlich in Bereiche des öffentlichen Lebens umfassend oder teilweise eingegriffen: in die Gastronomie, die Hotellerie, den Handel und die kulturellen Bereiche, bei den Friseuren und in andere Bereiche. Aber andere Bereiche, zum Beispiel die Industrie und die größten Teile des Handwerks, konnten eigentlich ungestört, unbehelligt ihre Tätigkeiten fortführen. Wir sehen aber auch ganz klar, dass wesentliche Teile der Wirtschaft aufgrund der stark gesunkenen Nachfrage und des Abreißens von Lieferketten gedämpft wurden oder zum Erliegen gekommen sind. Wir merken deutlich, dass Bayern als Exportland in einer großen Abhängigkeit von der globalen Entwicklung und den Auswirkungen der Corona-Krise steht.

Wenn wir über Maßnahmen sprechen, dann ist ganz klar, dass der Freistaat Bayern in der aktuellen Krise von seiner soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre profitiert. Der Freistaat ist leistungsfähig und kann somit die bayerische Wirtschaft maximal unterstützen. Soforthilfen, Steuerstundungen, Rückzahlung von Steuervorauszahlungen, günstige Kredite durch die LfA – das alles sind positive Angebote gerade für unsere kleinen und mittelständischen Betriebe, die wieder einmal unter Beweis stellen, dass sie das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft sind.

Hinzu kommt der BayernFonds, mit dem Unternehmen Liquiditätsprobleme durch befristete staatliche Beteiligungen bewältigen können. Wir werden aber natürlich auch weitere Ideen benötigen für die Unterstützung der stark betroffenen Bereiche, zum Beispiel der Hotellerie, der Gastronomie und der Reisebranche einschließlich Tourismus. Insgesamt stellt der Freistaat Bayern direkt und indirekt Hilfen in Höhe von bis zu sechzig Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist für mich ein unvorstellbarer Betrag. Dass der Freistaat Bayern solche Dinge auch bewerkstelligen kann, zeigt einmal mehr – das richtet sich an die Adresse von Hamburg und Schleswig-Holstein, die gestern gemeint haben, sie müssten Bayern über die Medien maßregeln – die Leistungsfähigkeit Bayerns.

Die bayerische Wirtschaft ist breit aufgestellt, aber was wir dringender denn je benötigen, ist eine bayerische Wirtschaftsstrategie, eine Gesamtstrategie. Sämtliche Her-

ausforderungen und Entwicklungen müssen weltweit erfasst und analysiert werden. Nur so können unsere Unternehmen effizient und zielgerichtet an die nationalen und internationalen Märkte zurückgeführt werden. Wie wir vorhin schon gehört haben, geht es dabei um die Absicherung von internationalen Lieferketten. Es geht um das Abräumen politischer Hürden gerade im Grenzbereich. Es freut mich, dass Kollege Staatssekretär Weigert vorhin das Angebot gemacht hat, in den Austausch mit den benachbarten Ländern einzutreten. Vielen Dank an der Stelle. Es geht genauso um die Abschaffung von unnötiger Bürokratie wie um die Identifizierung und Erschließung ganz neuer Märkte.

Zu einer Gesamtstrategie gehören aber auch optimale Standortbedingungen. Unsere Wirtschaft steht im nationalen und internationalen Wettbewerb. Deutschland war da in den letzten Jahren viel zu passiv. Andere Länder wie Frankreich, Großbritannien, die USA oder Japan haben dagegen die Zeit genutzt und ihre Standortfaktoren verändert. Wir haben in Deutschland mittlerweile die teuersten Strompreise in ganz Europa. Unsere Unternehmen zahlen mitunter europaweit die höchsten Steuern.

Wir als CSU werden deswegen nicht müde, unsere Forderungen aufrechtzuerhalten. Wir haben sie hier im Plenum schon mehrfach dargestellt: eine Senkung der Unternehmensteuern auf ein Niveau von mindestens 25 %, die Abschaffung des Solidaritätszuschlags – sofort und für alle –, flexible Arbeitszeiten, eine Senkung auf das Mindestmaß des europäischen Niveaus bei den Stromsteuern, da wir generell niedrige Strompreise benötigen, und eine Novellierung des EEG. Es ist auch erlaubt, über die Frage zu diskutieren, ob man das EEG nicht vielleicht ganz abschaffen kann. Es geht auch um einen europaeinheitlichen Strompreis von weniger als 40 Euro pro Megawattstunde, damit unsere Industrie auch global wieder wettbewerbsfähig sein kann.

Heute wird im Bundestag vermutlich zeitgleich eine Reduzierung der Mehrwertsteuer verabschiedet. Auch das war eine Forderung der CSU-Fraktion. Dank unseres Ministerpräsidenten ist sie auch entsprechend umgesetzt worden.

Da gibt es noch Details, die geklärt werden müssen, wie verkürzte Abschreibungsdauern für digitale Wirtschaftsgüter und den Abbau der Bürokratie. Es darf nicht sein, dass unsere Unternehmer mit irgendwelchen staatlichen Fesseln und Gängelungen belastet werden, sondern sie müssen in der Lage sein, sich endlich auf das Wichtigste zu konzentrieren, nämlich auf ihr Kerngeschäft, Wirtschaft zu leben, Wirtschaft zu meistern und Wertschöpfung für Bayern zu generieren.

Zu einer Gesamtstrategie gehört aber auch ein Impuls, gehören eventuell auch Konjunkturprogramme. Aber die müssen klar identifiziert werden, müssen zeitnah und gezielt wirken, ohne Mitnahmeeffekte zu generieren.

Der Staat selbst kann durch Investitionen in zahlreiche Infrastrukturmaßnahmen, aber auch durch geschickte Förderungen Wirtschaftsmotor sein, damit wertvolle Nachfolgeinvestitionen angestoßen werden können. Zu einer Gesamtstrategie gehören natürlich auch Innovationen. Ich denke, der Freistaat Bayern ist hier bereits sehr, sehr gut mit der Hightech Agenda aufgestellt. Hier wurde der richtige Rahmen für neue Technologien wie zum Beispiel die künstliche Intelligenz, den Bereich Supertech mit Quantencomputing oder eben auch für Greentech ganz aktuell mit der bayerischen Wasserstoffstrategie gesetzt, die wir an anderer Stelle schon des Öfteren diskutiert haben. Hier entsteht ein enormes Potenzial für neues Wirtschaftswachstum, für neue Produktivität und vor allem Wertschöpfung. Hier muss einiges beschleunigt werden. Unser Ministerpräsident hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er voll dahintersteht, sodass diese Maßnahmen beschleunigt und auch vorgezogen werden können.

All das muss in eine bayerische Wirtschaftsstrategie integriert werden, muss in einer Gesamtstrategie zusammengebracht werden. Dazu gehören natürlich auch Abstimmungen mit Verbänden und Kammern, Gutachten von Instituten. Diese gewonnenen Inputs müssen auch strukturiert zusammengefasst und – wenn sie Sinn machen und wertschöpfend sind – in eine Gesamtstrategie integriert und umgesetzt werden. Aber ganz, ganz wichtig ist es, dass wir für die bayerische Wirtschaft einen roten Faden

haben, diesen roten Faden nicht aus der Hand geben und ihn uns auch nicht aus der Hand nehmen lassen.

Zusammenfassend nenne ich noch einmal unsere Forderungen: Wir benötigen ein Belastungsmoratorium. Wir benötigen ganz klar bessere Standortbedingungen. Wir müssen die Digitalisierung puschen. Das gilt in der Schule genauso wie für die vielen kleinen und mittelständischen Betriebe, die ihre Prozesse gerade in dieser Zeit auf Digitalisierung umstellen sollen und müssen. Wir müssen die Liquidität sichern. Gleichzeitig dürfen wir aber die Schulden nicht außer Acht lassen und müssen sie eingrenzen. Wir benötigen als Freistaat Bayern natürlich wie jedes andere Unternehmen auch eine Art Lessons Learned nach der Krise, um auf zukünftige Herausforderungen effizienter und noch schneller reagieren zu können.

Langer Rede kurzer Sinn: Vor uns liegt noch ein langer, steiniger Weg. Die IHK hat vor Kurzem 4.000 Unternehmen befragt. Die Stimmung ist Gott sei Dank besser als vermutet. Die bayerische Wirtschaft sucht und findet bestimmt ihre Chancen aus der Krise heraus. Wieder einmal hat sich gezeigt, dass gerade die vielen bayerischen mittelständischen Betriebe das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft sind und garantieren, dass wir diese schwierige Phase für unsere Wirtschaft überstehen werden.

Ganz klar: Der Freistaat Bayern mit unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder an der Spitze hat gezeigt, dass Bayern zu jeder Zeit leistungsfähig, handlungsfähig, verlässlich und führungsstark ist. Deswegen können wir positiv in die Zukunft schauen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Andreas Winhart das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, guten Morgen, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der FREIEN WÄHLER beglückt uns heute mit einer

Aktuellen Stunde zum Thema "Lehren aus Corona". Als ich den Titel gelesen habe, habe ich mir gedacht, das ist vielleicht ein bisschen verfrüht. Immerhin übt sich unser Ministerpräsident ja fleißig in der Ausübung der überzogenen Corona-Maßnahmen. Dabei werden vonseiten der Staatsregierung auch gern einmal andere Bundesländer kritisiert, die der Krise weit pragmatischer begegnen, wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen. Der dortige Ministerpräsident Armin Laschet hätte ja durchaus das Potenzial zum Unionskanzlerkandidaten.

(Zuruf)

Stattdessen ist man in Bayern stolz darauf, weitreichendere Ausgangsbeschränkungen, noch strengere Maßnahmen und noch mehr Wischmopps als andere zu haben, nämlich 90.000 Stück, welche Herr Aiwanger freundlicherweise für uns bestellt hat.

(Zuruf)

Dummerweise half das alles nichts; denn die meisten Hotspots lagen in Bayern: in Tirschenreuth und in Rosenheim. – Auch die meisten Infizierten gab es in Bayern.

(Zuruf)

Trotz aller Corona-Maßnahmen muss man festhalten: In Bayern herrschte das Corona-Chaos am intensivsten und am längsten, und es hält immer noch an. Während sich andere Länder längst zur Normalität zurückbewegen, sind bei uns die Maßnahmen noch voll im Gange.

Sie, werte Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, fragen heute nach den Lehren aus Corona und haben angefügt, dass es ein Meistern der Krise gäbe. Ein Meistern der Krise durch die Staatsregierung hat nicht stattgefunden.

(Zuruf)

Nein, man muss bereits jetzt feststellen, dass das Handeln der Staatsregierung vor der Krise und in der Krise falsch war. Noch schlimmer:

(Zuruf)

Die negativen Folgen werden uns auf Jahre schwer belasten, da man unsere baye-
rische Wirtschaft dem Imponiergehabe unseres Ministerpräsidenten geopfert hat, wel-
cher sich mit verspäteten, aber drastischen Maßnahmen in Berlin profilieren wollte.

Bereits 2012 hat sich die Bundesregierung mit einem pandemischen Krisenszenario
beschäftigt, also vor gut acht Jahren. Auf die Konsequenzen in Bayern war man nicht
vorbereitet. Dabei erkannte unsere Gesundheitsministerin Melanie Huml bereits am
18. September 2016 – ich zitiere –:

Auch wenn die Pandemie 2009/2010

– ich weiß nicht, wer von Ihnen die mitbekommen hat –

weitestgehend moderat verlief, dürfen wir die potenzielle Bedrohung durch ein
neuartiges, pandemisches Grippevirus keinesfalls unterschätzen. Eine Pandemie
ist in der Lage, sich rasch auszubreiten.

Ja, meine Damen und Herren, passiert ist nichts: Keine Masken, keine Desinfektions-
mittel, einfach alles verpennt!

Als die ersten Corona-Fälle aus Wuhan zu uns kamen und das Virus bereits andere
Länder stark erwischt hatte, beispielsweise den Iran oder Italien, landeten in München
immer noch fleißig Maschinen aus diesen Regionen. Ungehört waren die AfD-Warnun-
gen und Anregungen bezüglich Fieberkontrollen oder Schließungen der Grenzen zu
diesem Zeitpunkt, als die Welle noch aufzuhalten gewesen wäre.

(Zuruf)

Erst nach der Kommunalwahl, also mit drei Wochen Verzögerung zu Österreich und
anderen Ländern, wurde dann in Bayern gehandelt. Herr Söder und sein Kabinett
haben Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt verschlafen und danach hysterisch rea-
giert, als es schon zu spät war.

Sie schreiben im Titel dieser Aktuellen Stunde "Zukunft sichern". Werte Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben es mitgetragen, die Zukunft dieses Landes zu verspielen. Was wir jetzt brauchen, sind folgende Punkte:

Erstens. Eine schnelle Rückkehr zur Normalität im Wirtschafts-, Gesellschafts-, und Privatleben.

Zweitens. Umfassende Aufarbeitung der Vorgänge während der sogenannten Pandemie in einer Enquete-Kommission. Durch Isolation und Maskenpflicht sind neue Risiken entstanden. Zu klären ist auch, warum andere Länder bei leichteren Maßnahmen weniger betroffen waren, wie groß der Schaden für die bayerische Wirtschaft durch die Söder'schen Maßnahmen ist, was mit den verschenkten Millionen an Wirtschaftshilfe ist.

Drittens. Wir brauchen einen Schutz unseres Rohstoffs Bildung, des einzigen Rohstoffs, den wir bekanntlich haben, durch eine schnelle Öffnung der Schulen.

Viertens. Wir brauchen eine Abwehr der 57-Milliarden-Euro-Forderung der Europäischen Union. Investieren Sie dieses Geld lieber in Bayern. Dort gehört es hin, und dort haben es auch die Steuerzahler bezahlt.

Fünftens. Wir brauchen eine Umstrukturierung unseres Gesundheitswesens. Es ist in der Corona-Krise ganz klar geworden, dass der Patient wieder im Fokus stehen muss und nicht die Profite der einzelnen Krankenhäuser, vor allem nicht der öffentlichen Krankenhäuser. Ferner brauchen wir größere Testkapazitäten, die man auch kurzfristig nutzen kann. Wir brauchen mehr Einzelzimmer. Wir haben dazu auch schon letztes Jahr Vorschläge eingereicht. Diese Einzelzimmer braucht man nicht nur für Corona-Fälle, für Isolationsfälle, sondern man braucht sie auch im Fall von MRSA etc. Sie werden sich an die Debatte erinnern.

Wir brauchen weiterhin Maßnahmen, die unsere Klinikdichte erhalten und unter Umständen sogar noch ausbauen. Vor allem brauchen wir Ressourcen für Notfälle, für Pandemien, für Epidemien, wie jetzt während der Corona-Krise.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Horst Arnold das Wort.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist es fast schon frivol, dieses Thema mit dieser Bandbreite und diesem Bedeutungsgehalt für die Menschen und die Gesellschaft, für die Wirtschaft und die Arbeit, für die Zukunft, in einer Stunde abhandeln zu wollen. Es bleibt eigentlich nur Zeit – wie bereits bewiesen worden ist – für Lippenbekenntnisse, Absichtserklärungen, Selbstbeweihräucherung und auch Abseitigkeiten, wie soeben gehört.

Auch meine Fraktion hat in dem Zusammenhang Anregungen, die es wert wären, den ganzen Tag darüber zu sprechen. Aber wir haben nur fünf Minuten parlamentarische Redezeit – auch das ist eine Frage des Parlamentarismus, die Sie mit zu verantworten haben.

Denn wir haben als Parlament tatsächlich die Pflicht, rechtzeitig die Weichen zu stellen. Was heißt das? – Wir müssen jetzt Impulse für Innovation und Beschäftigung setzen, jetzt in sozial-ökologische Zukunftsprojekte investieren. Wir müssen auch jetzt die Solidarität in unserer Gesellschaft stärken, indem wir diejenigen nachhaltig unterstützen, die diese Gesellschaft zusammenhalten und bislang allzu oft benachteiligt wurden.

Als SPD-Landtagsfraktion sind wir Ideengeber für solidarische Innovation. Deshalb haben wir in den vergangenen Wochen bereits ganz konkrete Vorschläge gemacht, Initiativen entwickelt und Papiere vorgelegt; übrigens bereits zu einer Zeit – am

10. März –, als andere noch nicht mal darüber reden wollten, Milliardenbeträge in die Hand zu nehmen.

Worum geht es? – Erstens. Wir brauchen Impulse für Innovation und Beschäftigung. Das heißt, an die Stabilisierungsphase muss sich unmittelbar eine Initialzündung für einen neuen Aufschwung anschließen. Ganz wichtig ist: Ein solches Programm soll wirksam die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärken und breit wirken. Gerade mittelständische Unternehmen sowie Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen müssen davon profitieren.

Ich sage hier ganz deutlich: Auch die Sicherung und der Ausbau des Sozialstaates sind Investitionen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind Investitionen in die Funktionsfähigkeit und die Akzeptanz unserer demokratischen Gesellschaft und damit in den Zusammenhalt in Bayern und in ganz Deutschland.

Das sage ich auch in Richtung der Union, die bereits jetzt schon wieder über die Absenkung des Mindestlohns schwadroniert. Herr Aiwanger, auch Ihnen schreibe ich das ins Stammbuch. Sie sind in dieser Krise ja unermüdlich dabei, Arbeitnehmerrechte thematisch auszuhöhlen.

(Widerspruch des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Entschuldigen Sie, aber Ihre Arbeitszeitforderungen – –

Wer in diesen Zeiten weniger Sozialstaat fordert, handelt nicht nur zynisch, sondern auch ökonomisch und gesellschaftspolitisch vollkommen irrlichternd!

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. und damit eng zusammenhängend, brauchen wir kraftvollvolle Investitionen in sozial-ökologische Zukunftsprojekte. Dazu gehören zusätzliche Investitionen in den ÖPNV, Kaufprämien für Fahrräder und E-Bikes und nicht zuletzt auch Investitionen in die Kommunen. Denn gesunde Kommunen sorgen nicht nur dafür, dass die Angebote des öffentlichen Lebens aufrechterhalten werden, von den Kitas über die Schwimmbäder bis hin zu den Büchereien, nein, sie sind auch ein Hort von Innovation und Zukunftsfähigkeit.

Neben der Verkehrswende muss auch die Energie- und Wärmewende in den Blick genommen werden. Wir wollen die Energieeffizienz im Freistaat erhöhen und Energiearmut verhindern, beispielsweise durch eine Ökoprämie für neue Elektrogeräte. Wir wollen die Energiewende so ausgestalten, dass sie auch den Mieterinnen und Mietern nützt. Deswegen muss der Freistaat jetzt ein finanziell starkes und breit angelegtes Förderprogramm für Photovoltaik und Wärmedämmung auflegen, das einen besonderen Schwerpunkt auf kommunale Wohnungsbaugesellschaften, geförderte Wohnungen und Wohnungsgenossenschaften legt.

Für uns steht fest: Wer nur eine Abwrack- oder Kaufprämie für Autos fordert, denkt und springt in puncto sozial-ökologischer Innovation viel zu kurz.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Dritter und letzter Punkt: Wir brauchen nachhaltige Solidarität mit allen, die derzeit in außerordentlicher Weise Hilfe geben, mit all denen, die auch Hilfe benötigen. Die Corona-Krise hat uns deutlich vor Augen geführt, wer allzu oft auf der Strecke bleibt: Erzieherinnen, Erzieher, Pädagoginnen, Pädagogen, Pflegerinnen, Pfleger, Kinder und ihre Eltern. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass Frustration und Enttäuschung bei den Betroffenen immens wachsen, wenn wir nicht unsere Versprechen einlösen, die gebetsmühlenhaft jederzeit abgegeben werden. Das erleben wir teilweise auch.

Schließen wir also einen Pakt, der mehr als nur einen Applauspakt ist, der nachhaltige finanzielle Verbesserungen, aber auch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen

für die Betroffenen zügig angeht. Wir brauchen Tarifverträge, die ausgeweitet werden müssen, um die Lohnbedingungen und Arbeitsbedingungen abzusichern. Wir brauchen eine soziale Digitalisierungsoffensive gerade an den Schulen, mit kostenfreien Tablets für alle Schülerinnen und Schüler sowie einer Verbesserung der IT-Infrastruktur. Insbesondere Kinder aus benachteiligten Familien müssen endlich stärker in den Blick genommen werden.

Das sind – in aller Kürze – für uns wesentliche Eckpunkte für eine solidarische Innovationsinitiative.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Martin Hagen das Wort.

(Zuruf – Heiterkeit)

Martin Hagen (FDP): Das Plenum hat sich heute schon gelohnt. Ich bin gespannt. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Corona-Krise haben wir ja alle einige Überraschungen erleben dürfen. Wer hätte vor einigen Monaten gedacht, dass die GRÜNEN mal für ein härteres Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten plädieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet ein bayerischer Ministerpräsident, ausgerechnet Sie, Herr Söder, den Wettlauf der Bundesländer geißelt und mehr Macht für den Bund fordert.

(Heiterkeit bei der FDP)

Wer hätte gedacht, wie schnell man – Stichwort: AfD – bei Wilhelm II. starten und bei Attila Hildmann landen kann. Das waren doch alles Überraschungen.

Wir haben allerdings auch ein paar ernsthafte Lehren, die wir aus dieser Krise ziehen können. Eine Lehre betrifft den Umgang der Politik und der Medien mit der Wissenschaft. Wir haben in den letzten Wochen erlebt, dass zwischen diesen dreien – Politik, Medien und Wissenschaft – offenbar doch einige Missverständnisse vorherrschen.

Wenn in einer Studie eines bekannten und einflussreichen Virologen aufgrund untauglicher Statistik der falsche Schluss gezogen wird, Kinder könnten so ansteckend sein wie Erwachsene und es gäbe keinen signifikanten Unterschied, ist das kein Problem. Das ist Wissenschaft; dafür gibt es das Peer-Review.

Wenn dann aber diese noch nicht von Peers einem Review unterzogene Studie von Medien herangezogen wird und Leitmedien wie unter anderem "DER SPIEGEL" daraus die Überschrift "Kinder sind so ansteckend wie Erwachsene" machen, ist das ein Problem. Wenn die Politik möglicherweise auf Basis dieser falschen Nachrichten auch noch Entscheidungen von großer Tragweite bei der Öffnung oder Nichtöffnung von Kitas und Schulen trifft, dann, meine Damen und Herren, müssen wir wirklich darüber reden, wie wir Wissenschaft in der Politik künftig behandeln müssen.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen Lehren ziehen, was den Katastrophenschutz angeht und die Frage, was die Kernaufgaben des Staates sind, ob es wirklich sinnvoll ist, dass der Staat sich verzettelt – im wahrsten Sinne des Wortes bei Dingen wie der Bon-Pflicht –, um dann in einer Krise festzustellen, dass es keine Reserven an Schutzmasken gibt. Wir müssen auch darüber reden und daraus Lehren ziehen, ob der Staat in guten Zeiten die konsumtiven Ausgaben bis an die Schmerzgrenze ausdehnen soll, um dann in Krisenzeiten festzustellen, dass es gewaltige Finanzierungsprobleme gibt. Alle Wahlgeschenke der letzten zwei Jahre, auch die der Bayerischen Staatsregierung, werden auf den Prüfstand müssen; denn der Staat hat in den kommenden Jahren Besseres zu tun; vor allem hat er weniger Einnahmen zu erwarten.

Dass Sie eine Obergrenze für Schulden fordern, Herr Ministerpräsident, ist grundsätzlich eine interessante und erfreuliche Neuigkeit. Dass diese Forderung aus Bayern kommt, wo Bayern, was die Kreditermächtigungen angeht, mit 3.050 Euro pro Kopf einsamer Spitzenreiter der Bundesländer ist, ist bemerkenswert. Bemerkenswert ist auch, dass diese Forderung aus Bayern kommt, wo doch aus Bayern die ökonomisch fragwürdigsten Vorschläge zur Wirtschaftshilfe kamen – Stichwort: Autoprämie, Stichwort: Prämie für Urlaub daheim. Wenn daraus aber etwas Gutes erwachsen sollte, lassen wir uns gern überzeugen.

Die Sachverständigen, die Wirtschaftsweisen haben zu diesen Forderungen das Notwendige gesagt. Ich wäre froh, wenn künftig auch die Bayerische Staatsregierung stärker auf die Sachverständigen und weniger auf Lobbyisten einzelner Branchen hören würde.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Öffnungen des Lockdowns – so viel können wir heute sagen – haben sich bisher bewährt. Mit einigen Wochen Abstand haben wir gesehen, dass die Zahl der Infektionen nicht gestiegen ist, dass der Trend rückläufiger Infektionszahlen bundesweit weiter standhält, obwohl viele Bereiche des öffentlichen Lebens wieder geöffnet wurden. Dabei geht es nicht um die Frage, wer in der damaligen Debatte recht hatte und wer unrecht, sondern es geht darum, dass wir für den Fall einer zweiten Welle die richtigen Lehren daraus ziehen, dass wir uns bitte nicht daran orientieren, was bezüglich der Umfragezahlen etwas bringt, sondern daran, was bei den Reproduktions- und Infektionszahlen etwas bringt. Wir müssen für den Fall einer zweiten Welle die Lehren aus der ersten Welle ziehen. Wir müssen erkennen, dass es einen vernünftigen Mittelweg zwischen Lockdown und Leichtsinn gibt. Diesen Weg gemeinsam zu finden, wird in den kommenden Monaten Aufgabe des Parlaments sein.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Markus Plenk das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrer Politik der einseitigen Fokussierung auf die Corona-Pandemie und der unverhältnismäßigen Maßnahmen, die unsere Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten einschränken, nehmen Sie billigend in Kauf, dass Kollateralschäden entstehen, die weit schlimmer sein werden als die Schäden durch das Coronavirus selbst. Dieser schwere Fehler ist unverzeihlich, weil er unter dem Strich gesehen vor allen Dingen global betrachtet keine Menschenleben retten wird. Die Zahlen des RKI beweisen alles und nichts. Niemand kann auf Basis des bereitgestellten Zahlenmaterials belegen, ob die Maßnahmen weiterhin notwendig sind oder nicht.

Ich darf an dieser Stelle daran erinnern, dass Bayern unter allen Bundesländern mit Abstand am schlechtesten und auch um ein Vielfaches schlechter als unser Nachbarland Österreich abschneidet. Das viel gescholtene Thüringen schneidet um den Faktor 2,5 besser ab als Bayern. Als Bayern steht es uns also auch nicht zu, die Thüringer Kollegen über Gebühr zu kritisieren.

Die bayerische Corona-Politik dennoch als Erfolg zu verkaufen, ist hochgradig unseriös. Wenn Sie die teilweise unverhältnismäßigen und nicht zielführenden Maßnahmen unnötig lange aufrechterhalten, werden Sie weder die gesundheitspolitischen Herausforderungen in ihrer Gesamtheit meistern noch unsere wirtschaftliche Zukunft sichern. Mit Ihrer aktuellen Politik sichern Sie nicht die Zukunft – Sie belasten sie.

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Raimund Swoboda das Wort, dem ich zu Beginn schon zum runden Geburtstag gratuliert habe. Ich will ihn aber auch darauf hinweisen, dass das Abstandsgebot auch bei der Wortmeldung gilt, mit und ohne Schal.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich danke Ihnen herzlich für die Geburtstagsglückwünsche. Sie haben wahrscheinlich alle applaudiert, obwohl ich nicht da war.

Herr Söder, wir brauchen endlich einmal jemanden, der einen Appell und die Bitte aus der Bevölkerung an Sie richtet: Hören Sie auf, unsere bayerische Bevölkerung mit den Corona-Maßnahmen zu drangsalieren! Hören Sie auf, immer wieder Lockerungen zu verkünden, die zeigen, dass die Maßnahmen eigentlich niemals angemessen waren. Sie haben es am Anfang richtig gemacht. Sie haben bei unklarer Gefahrenlage eine Risikoabschätzung gemacht. Sie sind so weit gegangen, den Katastrophenfall auszurufen und einen Lockdown zu verhängen.

Jetzt ist es aber an der Zeit zu sehen, dass dieser Alarm ein Fehlalarm war. Wir haben immer noch keine erhöhte Sterblichkeitsrate. Wir haben weltweit 250.000 Tote. Bei der Influenza-Krise 2017/2018 waren es 1,5 Millionen Tote. Sie waren der Meister der Krise, ein hervorragender Manager in den ersten vier Wochen. Jetzt sind zwei Monate vergangen. Jetzt ist es Zeit, umzudenken und umzusteuern. Bitte nehmen Sie Abstand von weiteren unsinnigen Maßnahmen wie der Schließung der Biergärten um 20:00 Uhr. Sie haben die Schließzeit jetzt Gott sei Dank auf 22:00 Uhr verschoben. Lassen Sie die Tanzschulen tanzen. Lassen Sie die Kinder zu den alten Leuten, auch in den Heimen. Ermöglichen Sie wieder ein sozial-kulturelles Leben, das uns freien Menschen angemessen ist. Am Anfang hat man vermutet, dass alle Menschen sterben. Dieses Risiko besteht nicht mehr.

Zeichnen Sie sich jetzt als Master der Bewältigung und der Rückkehr der Normalität aus. Zeigen Sie uns Ihr Herz und Ihren christlichen Glaubensverstand!

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Bernhard Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Coronavirus hat unser Zusammenleben verändert. In unserer Gesellschaft gibt es mehr Zusammenhalt, auch wenn wir uns zur Begrüßung nicht mehr die Hand reichen. In öffentlichen Verkehrsmitteln tragen wir einen Mund-Nasen-Schutz. Wir wi-

ckeln Besprechungen digital mit Videokonferenzen ab. Einiges davon wird dauerhaft bleiben und uns auch bei künftigen Erkältungswellen nützen. Die digital basierte Kommunikation hat in jedem Fall einen massiven Schub erfahren. Deshalb: Corona hat schon jetzt unsere Gesellschaft verändert.

Die Erfahrungen gehen aber darüber hinaus. Gesundheit und Pflege sind auch in der Politik Leitthemen. Die letzten Wochen und Monate haben eindrucksvoll die Gültigkeit von Arthur Schopenhauers These belegt: Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.

Ich habe an dieser Stelle schon häufiger meine Meinung geäußert, dass Gesundheit das wichtigste ist, und zwar privat wie politisch. Daraus dürfen wir Lehren ziehen. Wir, die Koalitionsfraktionen, haben in der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses einen von der CSU formulierten Antrag eingebracht, der die Lehren aus Corona zusammenfasst. Wir brauchen eine klare Analyse, welche für die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung der Menschen in Bayern bedeutsamen Güter in der Pandemie knapp geworden sind. Zusammen mit dem Bund müssen wir für diese Materialien zum einen Vorräte anlegen, zum anderen eigene Produktionskapazitäten in Europa, möglichst in Bayern vorhalten – beides in einem Umfang, der im Falle einer neuerlichen Pandemie ein rasches Hochfahren der Produktion ermöglicht und so die Versorgung der Menschen in Bayern sicherstellt.

Es geht darum, von Lieferungen aus dem Ausland unabhängig zu werden. Dies gilt für Schutzausstattungen für Leistungserbringer, für Verbandsmaterialien, für Laborausstattungen, für Desinfektionsmittel, aber auch für lebenswichtige Medikamente. Seit 2016 werden in Deutschland keine Antibiotika mehr hergestellt. Wir haben schon vor der Pandemie in diesem Hohen Haus beschlossen: Wir müssen die Produktion wieder nach Europa zurückverlagern. Wie wichtig das ist bzw. einmal sein kann, zeigt sich gerade jetzt.

Insgesamt zeigt sich: Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft hat das Zeug, zur Leitökonomie des 21. Jahrhunderts zu werden. Jeder sechste Arbeitsplatz hängt schon heute von der Gesundheits- und Pflegewirtschaft ab. Das sind deutlich mehr als in der Automobilindustrie. Noch dazu sind das Arbeitsplätze, die nicht ins Ausland verlagert werden können: etwa in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen, in den Apotheken, als Heilmittelerbringer, als Hebammen oder in der Pflege. An dieser Stelle mein Dank an alle, sie leisten gerade in dieser Pandemie Großartiges.

Bayern ist in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft hervorragend aufgestellt. Wir sind das Reha-Land Nummer 1 mit rund 260 Einrichtungen. Wir sind das Land von Sebastian Kneipp mit sanften Heilmethoden und ortsgebundenen Heilmitteln. Wir haben fünfzig hochprädikatisierte Kur- und Heilbäder. Das sind Schätze, die in Zukunft noch wertvoller werden.

Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft ist einer der wichtigsten Innovations- und Beschäftigungstreiber im Freistaat. Digitalisierung, demografischer Wandel und medizinisch-technischer Fortschritt führen ebenso zu diesem Aufschwung wie ein verstärktes Gesundheitsbewusstsein der Menschen und eine gestiegene Erwartungshaltung der Bevölkerung.

Die Menschen sind bereit, selbst etwas für ihre Gesundheit zu tun. Der Präventionsplan des Freistaats Bayern, liebe Melanie Huml, unterstützt das, ebenso das Präventionsgesetz des Bundes. Unser Vorschlag ist, dass wir das weiter unterstützen. Gutscheine für Urlaube in Bayern sollten gerade Gutscheine für solche Gesundheitsangebote sein. Wir schlagen deshalb Präventionsgutscheine vor, damit noch mehr Menschen sehen, was sie in Bayern für ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden tun können.

Wir sind aber auch ein starker Pharmastandort, besonders in Hinblick auf die Innovation und die Forschung an neuen Arzneimitteln. Bei der Produktion haben wir noch Luft

nach oben, ich habe es gerade dargestellt. Bayern steht an der Seite aller Akteure im Gesundheitsbereich. Auf diesem Weg müssen und werden wir weitergehen.

Wir haben bereits am 11. Februar in diesem Hohen Haus einen Beschluss gefasst, der sich heute fast visionär anhört. Wir wollen eine Initiative "Beste Gesundheit und Pflege für Bayern" starten. Bei dieser Initiative geht es um die Vernetzung in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft mit der klaren Zielsetzung, insbesondere auf den Feldern Digitalisierung und künstliche Intelligenz Synergien zwischen den beteiligten Akteuren zu suchen und zu finden.

Damit wollen wir die medizinische und die pflegerische Versorgung der Menschen in Bayern weiter verbessern. Lassen Sie uns auf diesem Wege weitergehen, um auch hier gestärkt aus der Krise hervorzugehen und die Stärken Bayerns weiter auszuspielen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Susanne Kurz das Wort.

Susanne Kurz (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Staatsregierung! "Lehren aus Corona: Krise meistern – Zukunft sichern!" – schön, dass Sie sich das als Thema gegeben haben. Zukunft sichern und nachhaltig arbeiten – das wäre eine gute Idee für Ihre Politik gewesen, anstatt im Wochentakt zu agieren.

Wir drängen schon längere Zeit, nicht panisch Geld übers Land zu gießen, sondern zu schauen: Wer hat es echt nötig? Was hilft dauerhaft allen Menschen, unserem Land und unserer Umwelt?

Es liegt in der Verantwortung der Regierung, nicht nur viel Geld auszugeben, sondern dieses Geld auch so auszugeben, dass die Menschen in Bayern eine gute Zukunft haben. Mit "viel" haben Sie kein Problem, dabei sind Sie immer die Ersten, verteilen

am meisten, sind die Größten; Benchmark Bayern, das macht sich gut, auch in jeder Live-Pressekonferenz.

Was allerdings die Zukunft der Menschen angeht, sehen wir ziemlich schwarz. Wo ist Ihr Konzept? Für die Kultur- und Kreativwirtschaft haben Sie jedenfalls kein Konzept. Sie setzen jetzt in homöopathischen Dosen unsere Forderungen aus dem April, zum Teil aus dem März um.

(Zuruf)

Endlich bekommt ein kleiner Teil der Kulturschaffenden Hilfe, endlich gibt es zumindest einen Hauch an Planungssicherheit für Veranstaltungen, wenn auch Kultur im Notbetrieb deutlich schlechter gestellt ist als zum Beispiel der Notbetrieb der Gastwirtschaften, bei dem tausend Leute im Wirtshaus sitzen dürfen, was für Open-Air-Veranstaltungen lange noch nicht gilt.

Ob der angekündigte Kulturrettungsschirm in der Umsetzung so ein Murks wird wie die Künstlerhilfen, die im Stundentakt jetzt schon dreimal nachgebessert werden mussten, werden wir sehen.

Ich wünsche mir zumindest für die Betroffenen, dass Sie endlich aufhören, in jedes Mikro "Bayern ist Kulturstaat" zu säuseln, denn es geht hierbei nicht um werbewirksames Bildmaterial, um schicke Tweets, sondern es geht um die Existenz dieser Leute. Veranstaltungsverbote sind Tätigkeitsverbote und gehören entschädigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür werden wir weiterhin kämpfen. Wir werden nicht ideenlos zuschauen, was hier gerade passiert. Wir werden nicht Aufgaben weitergeben und uns selbst nicht kümmern. Bei Ihnen hat man oft diesen Eindruck. Da fällt Ihnen nichts Besseres ein, obwohl unsere Ideen auf dem Tisch liegen, als die Landeshauptstadt zu kritisieren, weil sie nur Personal zur Antragsbearbeitung schickt. Aber dabei verschweigen Sie, dass es Aufgabe des Freistaates wäre, die Programme des Freistaates abzuwickeln. Sie

verschweigen auch, dass der Freistaat keinen Cent für die bayernweit eingerichtete Beratungshotline gibt, sondern dass Münchener Bürgerinnen und Bürger dafür aufkommen müssen.

Es gibt also noch viel zu tun, wenn Sie wirklich bereit sind, Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen. Gern gebe ich Ihnen noch einmal mit auf den Weg, was wichtig wäre, insbesondere Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihnen, Herr Staatsminister Aiwanger; denn nur Sie können hier etwas ändern, und Sie müssen auch etwas ändern.

Bekennen Sie sich endlich zu unserer bayerischen Kultur- und Kreativwirtschaft. Verinnerlichen Sie, dass diese Branche in Bayern genauso wichtig ist wie die Automobilindustrie. Das sage nicht nur ich, sondern das besagt Ihr eigener Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht.

Fangen Sie endlich an, mit Ihren eigenen Zahlen Politik zu machen, und zwar angemessene Politik. Hören Sie auf, in Dreimonatshäppchen zu denken. Bekennen Sie sich zu nachhaltiger Hilfe. Entschädigen Sie die Totalausfälle durch die Veranstaltungsverbote, und legen Sie unverzüglich ein Konzept vor, wie der Notbetrieb bezuschusst werden kann. Seien Sie selbst kreativ, damit Kultur wieder stattfindet und die Krise überlebt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

zum Beispiel indem Sie unsere schönen staatlichen Gebäude und Parks für kleine Kulturkonzepte kostenlos öffnen. Vergessen Sie auch die Brauchtumskultur nicht, unsere Straßen- und Volksfeste. Auch hier arbeiten Menschen. Wo ist der Unterschied zwischen Straßenfest und Biergarten, in dem tausend Leute sitzen dürfen? Auch dort arbeiten Menschen, die nicht wissen, wie es weitergehen soll.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Haben Sie den Mut und gehen Sie jetzt die großen Baustellen in der Kulturszene und der Kreativwirtschaft an, Herr Aiwanger. Sie brauchen diese Leute noch. Wirtschaft ist nicht nur Wirtshaus.

Viele Menschen draußen leiden, und das schon seit Monaten. Ein Zeichen wäre, wenn all das Leid, wenn diese tiefe existenzielle Krise auch ihr Gutes hätte; wenn wir zum Beispiel endlich über Mindesthonorare und Gagen nicht nur reden, sondern sie einführen würden.

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie mutig, gehen Sie eine nachhaltige Krisenhilfe an, denken Sie aber schon heute an strukturelle Verbesserungen, damit wir auch übermorgen noch der Kulturstandort sind, der wir heute sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich dem Kollegen Joachim Hanisch das Wort.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in schwierigen Zeiten, und in schwierigen Zeiten müssen wir zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Entscheidungen treffen. Ich glaube, gerade das hat uns ausgezeichnet – den Bayerischen Landtag, die Bayerische Staatsregierung, aber auch die Bevölkerung, die Leute draußen, die Leute in der Pflege, die Lehrerinnen und Lehrer – all diejenigen, die in den letzten Wochen angepackt haben und denen von unserer Fraktion ein ganz herzliches Dankeschön für eine tolle Arbeit gilt. Das war Zusammenhalt. Wir haben in dieser Krise bewiesen, dass wir in Bayern bereit sind, Krisen gemeinsam zu meistern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, ein gutes und richtiges Krisenmanagement zu betreiben. Das ist in sehr vielfältiger Form auch passiert. Es ist teilweise die Einkaufspolitik des Freistaates Bayern, ganz speziell unseres Wirtschaftsministeriums,

kritisiert worden. Dazu ein Beispiel, meine Damen und Herren: Wenn meine Frau heute einkaufen geht und zwei Putzlappen mehr kauft, als sie normalerweise kaufen würde, dann werde ich sie dafür nicht kritisieren, weil ich mir sicher bin, dass wir diese vielleicht morgen oder übermorgen brauchen können. Ich bin überzeugt davon, dass wir diese Wischmopps bei der nächsten Hochwasserkatastrophe, bei der wir vielleicht große Überschwemmungen haben werden, gut gebrauchen können und dann froh über diesen Vorrat sein werden.

Meine Damen und Herren, das ist das Entscheidende, aus einer Krise – –

(Zuruf)

– Natürlich ist es eine Kleinigkeit. Aber aus einer Krise zu lernen, das ist das Entscheidende.

(Zuruf)

Nur wenn ich bereit bin zu akzeptieren, dass wir zu wenig Vorräte hatten und erst einkaufen mussten, das heißt, wenn ich aus dieser Krise lernen kann, dann ziehe ich die richtigen Schlüsse aus dieser Krise. Das wollen wir tun. Es ist für mich ganz wichtig, dass wir unser Bayerisches Katastrophenschutzgesetz überarbeiten und dass wir bereit sind, Vorräte anzulegen. Ich kann mich an einige von Ihnen erinnern, die hier kritisiert haben, wir würden so tun, als ob wir im Krieg wären, Vorräte anlegen und Ähnliches bräuchten wir nicht. Meine Damen und Herren, es hat sich gezeigt, dass wir das wieder brauchen. Wenn wir von den Haushalten erwarten, dass sie sich ein paar Vorräte zurechtlegen – wie die auf Toilettenpapier gekommen sind, weiß ich nicht –, können wir als Freistaat Bayern nicht so tun, als wäre eine Vorratspolitik der falsche Weg. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit einfach mal sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen bei dieser Bevorratung bei der Medizin anfangen. Wir müssen die Masken und die Schutzkleidung einbeziehen. Wir müssen die Beatmung einbeziehen. Hier hatten wir anfangs zu wenig, haben es aber innerhalb kürzester Zeit geschafft.

Meine Damen und Herren, überlegen Sie: Mitte März hat der Freistaat Bayern den Katastrophenfall ausgerufen. Wir haben jetzt Ende Mai und haben die erste Krise gemeistert. Wir haben es geschafft, innerhalb kürzester Zeit mit klugen, weitsichtigen und richtigen Entscheidungen und mithilfe unserer Bevölkerung aus dieser Krise herauszufinden. Wir sind gerade dabei, uns – ich hoffe, sie kommt nicht; aber sie wird von vielen prognostiziert – für eine zweite Welle zu rüsten. Meine Damen und Herren, da brauche ich diese Vorräte. Da brauche ich wieder Masken. Da brauche ich Schutzkleidung. Da brauche ich Decken und Beatmungsgeräte, wenn es so weit kommt. Wir hoffen es alle nicht, aber wir müssen gerüstet sein. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Wir müssen weitsichtig arbeiten, wenn es um die Bevorratung geht, wenn es darum geht, verschiedene Produkte auch bei uns wieder zu produzieren, Masken in unserem Land zu produzieren, um sie schnell zu haben. Der Punkt Medizin ist schon angesprochen worden. Auch da ist es sinnvoll, das eine oder andere wieder zu uns ins Land zurückzuholen, selbst wenn wir hier vonseiten des Staates helfen müssen.

Wir haben diese Katastrophe – ich glaube, das kann man als Fazit ziehen – hervorragend gemeistert. Wir müssen jetzt schauen, dass wir die Versorgungssicherheit erhöhen, und das Katastrophenschutzgesetz unter Umständen dieser Krise anpassen. Wir hatten in der Vergangenheit, als dieses Gesetz gemacht wurde, an Viren, Überschwemmungen und Ähnliches gedacht. Es wird eine Aufgabe der nächsten Zeit sein, einen vernünftigen Krisenstab zu haben. Auch Lager für Notfallvorräte sind in der Vergangenheit abgebaut und einem anderen Zweck zugeführt worden. Auch hier müssen wir reagieren. Wir müssen Materiallisten anlegen, Schutz- und Hygienemaßnahmen treffen und die Standardisierung von Abläufen wieder üben. Meine Damen und Herren, wir hatten früher jede Menge Katastrophenübungen. Die hat man reduziert, weil man dachte, die braucht man nicht mehr. Auch da müssen wir vorsichtiger werden und

Abläufe standardisieren und einüben. Das sind unwahrscheinlich wichtige Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Wenn die richtigen Akteure zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Maßnahmen treffen – das hatten wir in den letzten Wochen und Monaten, und das werden wir auch in der Zukunft haben –, dann werden wir diese Probleme auch in Zukunft meistern und diese Krise gut lösen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Thomas Huber für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Noch sind wir mitten in der Corona-Krise, sodass es heute doch ein sehr früher Zeitpunkt ist, um schon echte Lehren daraus zu ziehen. Aber eines können wir alle feststellen: dass unser soziales System in Deutschland und vor allem in Bayern hält. Wir haben ein gut ausgebautes System der Absicherung, das auf solche Krisen reagieren kann, zum Beispiel mit dem – man darf es sagen – "Flaggschiff" Kurzarbeitergeld, das nun auch andere Länder und sogar die EU als Vorbild übernehmen und von dem zehn Millionen Menschen in Deutschland und zwei Millionen Menschen in Bayern profitieren. Aber auch die Arbeitgeber profitieren, weil Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Und wir können feststellen: Es zahlt sich aus, wenn man versucht, das soziale Netz dicht, aber nachhaltig und mit ökonomischer Vernunft zu gestalten. Nur deshalb haben wir in Deutschland und in Bayern jetzt in der Corona-Krise die Reserven, um den Menschen an vielen Stellen die notwendigen Hilfestellungen zu geben: mit einem richtigerweise verlängerten Lohnersatz für Eltern, einer einfacher zugänglichen Grundsicherung, einem Notfall-Kinderzuschlag oder mit zahlreichen Soforthilfen auf Bundes- oder auf Landesebene. Wir haben es heute schon mehrfach gehört: Soforthilfen für Wirtschaft und Arbeitsplätze sind extrem wichtig.

Für mich ganz persönlich prägend ist aber die Erfahrung in dieser Corona-Krise, wie schnell die unglaublich breite und vielfältige soziale Infrastruktur in Bayern durch so ein Virus in ihrer Existenz getroffen sein kann. Ich bin unserem Ministerpräsidenten und unserer Staatsregierung, aber auch den Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfractionen im Bundestag wirklich dankbar, dass wir mit dem Rettungsschirm für das soziale Bayern und dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz eins und zwei die interdisziplinäre Frühförderung, die Jugendherbergen, die Kindertageseinrichtungen und viele andere Einrichtungen, die für die Menschen in Bayern da sind, über die Krise retten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Bewusstsein für die Bedeutung, vor allem aber für die Verletzlichkeit unserer sozialen Infrastruktur in Bayern müssen wir uns bewahren. Den Menschen, die dort arbeiten, dürfen wir immer Danke sagen; wir sollten das öfters tun. Aber wir müssen sie gerade in diesen Zeiten unterstützen und schützen. Die Weichenstellungen des Kabinetts zu den Testungen, zum Beispiel für Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen, an Schulen und in Kitas, sind hier ein wichtiges und notwendiges Signal, das zeigt, dass wir die Verantwortung für die Menschen ernst nehmen.

Mit die beeindruckendste Leistung in der Corona-Krise haben aber die Familien erbracht: Kinder zu Hause betreuen, Homeschooling, für die Großeltern einkaufen und nebenbei noch im Homeoffice die neuen Herausforderungen im Job managen – das kostet Kraft und Nerven. Das gilt für alle Familienmitglieder, aber ganz besonders für die Frauen, deren Belastungen wir stärker in den Blick nehmen sollten. Ich verstehe absolut, dass viele Eltern nach schneller Öffnung der Kitas rufen. Aber so schwer es ist: Wir müssen den Infektionsschutz und die Eindämmung des Virus ernst nehmen. Noch ist es nicht vorbei. Wir wollen keine riesige zweite Welle. Deshalb halten wir den eingeschlagenen Kurs der Vernunft und Umsicht und der stufenweisen Öffnung für den einzigen richtigen Weg. Das sieht im Übrigen – an die Kollegen von der AfD und die Parteilosen gerichtet, die heute gesprochen haben – auch eine Zweidrittelmehrheit

in Bayern so, dass der einzig richtige Weg ist, mit Vernunft und Besonnenheit vorzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Corona-Krise macht für mich noch einmal deutlich, wie wichtig es ist, dass wir als Freistaat Bayern seit Jahren einen besonderen politischen Fokus auf die Familien und deren Unterstützung legen. Das müssen wir auch in Zukunft tun, vor allem mit Blick auf die Kinder, deren Wohl wir noch viel stärker in den Fokus nehmen müssen. Die Hilfestellungen für Familien, etwa durch die Erziehungsberatungsstellen, müssen für uns sozialpolitisch von ganz besonderer Bedeutung sein. Familien brauchen zeitliche Reserven und Sicherheit. Deswegen müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wieder genauer beobachten und vielleicht an manchen Stellen neu denken. Die Digitalisierung und die damit gemachten Erfahrungen der letzten Wochen sollten uns dabei helfen, auch und insbesondere im Schulbereich. Da haben wir noch Luft nach oben.

Wie gesagt: Für vollumfängliche Lehren ist es vielfach noch zu früh. Aber erste Denkanstöße können und sollten wir mitnehmen, zum Beispiel die besondere Wertschätzung, die soziale Berufe momentan erfahren, die sich für die Zukunft auch finanziell auswirken kann und auswirken sollte, vor allem im Pflegebereich.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Andreas Krahl von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was hat uns die Krise bis dato gelehrt, außer dass die Biergartentische in den bayerischen Biergärten anscheinend nicht lang genug sein können, wenn sechs Leute mit ihren Kumpels vorbeikommen? – Die Krise hat uns deutlich vor Augen geführt, wer im Notfall den Laden Freistaat Bayern am Laufen hält: Das sind unsere professionellen Pflegekräfte, unsere Heilmittelerbringer, das gesamte Personal der Kliniken und Pflegeheime, die Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter. Sie stellen trotz

der Pandemie unsere medizinische Versorgung sicher. Meine Damen und Herren, das sind überwiegend Frauen.

Also lernen wir aus der Krise zunächst einmal Folgendes: Wir alle schulden den Frauen endlich die Hälfte der Macht, die Hälfte der Kohle und nicht zuletzt die Hälfte des Einflusses.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, schreiben wir uns das alle, insbesondere im Hohen Haus, ins Hausaufgabenheft! Die Pandemie hat die Frauen zurück in den privaten Bereich gedrängt, wo sie versuchen, alles gleichzeitig "Home" zu erledigen: Schooling, Office, Care, Pflege, Haushalt, Familie und den eigenen Beruf. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Eltern gehört endlich ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Ich bin froh, dass Herr Kollege Huber das angesprochen hat.

Meine Damen und Herren, wir haben geklatscht. Wir haben brav "Danke" gesagt. Und wir reden in der Politik und in der Gesellschaft nun vollkommen zu Recht von der Systemrelevanz der Pflege. Als Pflegepolitiker und als Gesundheits- und Krankenpfleger kann ich nur eines sagen: Na endlich! Dann lassen Sie uns doch jetzt endlich gemeinsam die dringend notwendigen Reformen im Gesundheits- und Pflegebereich beherzt angehen. Damit meine ich nicht eine kostenlose Brotzeit zum Mittag oder ein einmaliges Taschengeld. Die Ideen haben wir: Sorgen wir als Erstes für eine gute und ausreichende Praxisanleitung, um junge Menschen für diesen Beruf wirklich ausbilden und sie darauf vorbereiten zu können.

Das Fehlen des Personalbemessungsinstruments führt doch vor Augen, dass dadurch nicht nur die Patientinnen und Patienten gefährdet werden, sondern dass damit auch die Gesundheit unserer Pflegekräfte aufs Spiel gesetzt wird. Raus aus der Assistenz und rein in eine größere Akademisierungsquote bei der Pflege! Wer mich kennt, der weiß, was an dieser Stelle nicht fehlen darf: Die professionelle Pflege braucht, nachdem wir mit dem Klatschen fertig sind, endlich das Recht, auch Entscheidungen für

die eigene Profession zu treffen. Mit einer Pflegekammer wäre vielleicht auch die größte Berufsgruppe in den Expertengremien von Ihnen, Herr Ministerpräsident Söder, vertreten.

Bei den Pflegekräften dürfen wir nicht aufhören. Unsere Heilmittelerbringenden sind sicher nicht die Stiefkinder des Gesundheitssystems, auch wenn sie von den Bonuszahlungen der Staatsregierung ausgeschlossen sind. Notfallsanitäterinnen und -sanitäter haben nicht nur einmalig 500 Euro verdient, sondern Rechtssicherheit für ihr tägliches To-Do. All das ist nicht neu. Hier müssen wir endlich nachbessern.

Meine Damen und Herren, mehr als 70 % der Pflegebedürftigen werden jetzt zu Hause betreut. Genau wie die Eltern der vielen Kinder, die noch immer nicht in die Schulen und in die Kitas dürfen, stehen die pflegenden Angehörigen vor den verschlossenen Türen der Tagespflegeeinrichtungen und der Verhinderungspflegeeinrichtungen. Wieder sind es überwiegend Frauen, die deshalb die eigene Erwerbsarbeit aufgeben und zurückstellen. Durch die Grenzschließungen konnten und können ausländische Pflegekräfte nicht mehr einreisen. Genau diese Pflegekräfte fehlen in unserem grauen Pflegemarkt. Meine Damen und Herren, auch diese Pflege ist systemrelevant.

Geschätzte Ministerin Huml, Sie haben zwei Jahre lang meine diesbezüglichen Appelle ignoriert. Bitte fassen Sie sich endlich ein Herz und schaffen Sie eine Lösung für diese Pflege gemäß dem österreichischen Vorbild! Vielleicht können Sie sich dazu beim nächsten CSU-Parteitag mit Herrn Bundeskanzler Kurz austauschen.

Meine Damen und Herren, abschließend ist mir eines wichtig: Wir meistern sicherlich keine Krise, wenn wir es auch nur in Erwägung ziehen, sogenannte Risikogruppen der Freiheit der vermeintlich Starken oder Gesunden unterzuordnen. Diese Krise zeigt leider Gottes auch, wie schnell das Papperl der Solidarität und des Zusammenhalts wieder heruntergerissen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den demokratischen Fraktionen, das soll uns Mahnung und Auftrag für die Zukunft sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Gerade die herausragende und essenzielle Bedeutung unserer Wirtschaft ist uns in den letzten Wochen der Corona-Krise besonders bewusst geworden. Wie schnell hat es doch ein kleines Virus in kürzester Zeit geschafft, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben rund um den Erdball lahmzulegen? Wie deutlich hat uns diese Krise gelehrt und offenbart, dass nur eine starke Wirtschaft Grundlage für Wohlstand und Sicherheit sein kann? – Herr Ministerpräsident, lieber Staatsminister Hubert Aiwanger, mit einem umfassenden und noch nie da gewesenen Rettungspaket ist es uns gelungen, unsere Wirtschaft zunächst einmal liquide und handlungsfähig zu halten und sie damit zu stabilisieren.

Wir benötigen nun dringend ein kraftvolles Konjunkturpaket, um unsere Wirtschaft schnellstmöglich wieder anzukurbeln. Unsere bayerische Wirtschaft muss in ganzer Breite wieder zum Laufen kommen und effizient funktionieren. Dies gilt insbesondere für die besonders hart getroffenen Branchen – Herr Kollege Kirchner hat sie erwähnt –, nämlich Reisetourismus, Gastro, Hotelgewerbe und der Eventbereich. Bayern muss aus der Poleposition heraus fulminant starten. Im Fokus muss dabei immer der maximale volkswirtschaftliche Gesamtnutzen stehen. Mit der Hightech Agenda haben wir hier sehr gute Weichen gestellt.

Des Weiteren bedarf es umfangreicher und hoher Investitionen, und zwar in allen Bereichen und auf allen Ebenen, auch vonseiten der Privatwirtschaft, um erstens die Binnenwirtschaft und den Binnenkonsum wieder zu stärken, zweitens den europäischen Warenverkehr zu garantieren und drittens die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten und künftige globale Transformationen zu bewältigen.

Im Freistaat ist hier vorrangig die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern betroffen; denn Bayern ist Autoland und soll das auch bleiben. Auch nach der Krise müssen diese Unternehmen innovationsfähig und vor allem in heimischer Hand bleiben. Strategische Käufe internationaler Investoren dürfen nicht das Herz unserer bayerischen Wirtschaft treffen. Ich glaube, der BayernFonds ist dafür eine passgenaue Lösung.

Zentrale Säulen und das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft sind und bleiben der Mittelstand, das Handwerk, der Einzelhandel, die Selbstständigen und die jungen Start-up-Unternehmer. Ich zähle auch unsere heimische Bankenlandschaft zu dem Stabilitätsanker für unsere Unternehmen. Für sie alle gilt es zunächst einmal, die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Ich möchte hier ausdrücklich unsere bäuerliche Landwirtschaft einbeziehen. Auch sie braucht unseren Rückhalt, um die damit verbundene heimische Nahrungsmittelproduktion und -versorgung zu erhalten.

Meine Damen und Herren, Corona zeigt uns sehr deutlich, wie existenziell wichtig und systemrelevant eine unabhängige Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft in der globalisierten Welt ist. Das gilt für die Güter der Grundversorgung, das gilt aber letztendlich auch für unsere Energieversorgung. Ein zentraler Baustein dafür ist eine dezentrale Energiewende mit hoher regionaler Wertschöpfung. Die erneuerbaren Energien aus den Quellen Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sind unabhängig von internationalen Handels- und Produktionsketten und bilden deshalb vier markante Säulen für eine nachhaltige und krisenfeste Energieversorgung. Lieber Hubert Aiwanger, dazu zähle ich auch unsere innovative Wasserstoffstrategie, die auf die Sektoren Wärme, Mobilität und Verkehr übergreift. Schlaglichtartig möchte ich hier noch die Stärkung des ÖPNV benennen.

Ein besonderes Anliegen im Zeichen der Zeit: Eine Wiederbelebung der Wirtschaft und der Umbau unserer Energieversorgung müssen künftig grundsätzlich in Einklang mit ökologischen Aspekten stehen. Die Idee von Umwelt- und Klimaschutz, die Idee eines Green Deal und die Berücksichtigung von sozialer Gerechtigkeit haben wir im

Blick. Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir wollen diese Phase als Chance und Herausforderung für einen mutigen und ganzheitlichen Strukturwandel nutzen.

Ein letztes und ganz besonderes zentrales Thema liegt mir noch am Herzen, nämlich die Digitalisierung. Die Corona-Pandemie hat gerade in letzter Zeit deutlich gezeigt, dass wir hier noch einige Defizite haben. Der Neustart der bayerischen Wirtschaft soll auch Triebfeder für die Digitalisierung sein. All das wird künftig nur möglich sein, wenn wir die Bevölkerung mit einer sachlichen, offenen und überzeugenden Informations- und Kommunikationsstrategie mitnehmen, realistisch, transparent und logisch und mit gesundem Menschenverstand.

Ein letztes Fazit: Eine nachhaltige Gesamtstrategie aus zukunftsfähigem Wirtschaftswachstum, ökologischer Innovation und sozialer Transformation wird auch künftig die Stabilität, die Sicherheit und den Wohlstand in unserem Freistaat gewährleisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Staatsregierung spricht als Erster der Staatsminister und stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um eine Zwischenbilanz zu ziehen: Was lernen wir aus dieser Krise, die noch nicht vorüber ist, und wie gestalten wir trotzdem den Weg in die Zukunft? – Beides geht fließend ineinander über.

Zunächst einmal der kurze Blick zurück: Vor sechs bis acht Wochen war die Gesellschaft in weiten Teilen noch in Schockstarre, nach dem Motto: Was kommt denn da auf uns zu? Kommen hier Bilder wie in Italien auf uns zu? Müssen wir in großem Umfang Notunterkünfte vorhalten? Müssen wir Menschen woanders unterbringen als zu Hause? – Die ersten Quarantänepersonen waren noch in Krankenhäusern unterzu-

bringen und zu beobachten. Wir stellten schnell fest, dass die Kapazitäten nicht erreicht hätten. Bis zu 2,4 Millionen Infizierte waren bis in den April hinein vorausgesagt. Bei 10 % davon im Krankenhaus und davon wieder ein gewisser Prozentanteil in Intensivstationen mag ich mir die Bilder nicht ausmalen, die da auf uns zugekommen wären. Ich bin nicht einer, der dann in Panik den Kopf in den Sand steckt.

Jetzt gebe ich Ihnen die Antwort: Jawohl, das Wirtschaftsministerium hat in dieser Stunde der Not – weil wir eben im Kabinett gesagt haben, wir müssen alles tun, um uns auf solche Szenarien vorzubereiten – dafür gesorgt, dass wir bis zu 10.000 Menschen in Notunterkünften hätten unterbringen können. Eine Notunterkunft heißt nicht, auf dem nackten Boden zu schlafen, sondern das heißt, eine Matratze zu haben, ein Kopfkissen und einen Bettbezug zu haben und sich waschen zu können. Jawohl, dazu haben wir Waschhandschuhe und Handtücher besorgt. Jawohl, man kann eine Unterkunft auch nicht mit dem trockenen Besen auskehren, sondern man muss sie desinfizieren und nass herauswischen. – Wer das heute noch nicht weiß, dem sei es hiermit noch einmal gesagt. – Zum Herauswischen braucht man Wischbezüge, Desinfektionsmittel und Tücher.

(Zurufe)

Jawohl, die habe ich beschafft. Jawohl, über 10.000 davon wurden mittlerweile von den Landkreisen abgerufen, obwohl der Freistaat Bayern noch nicht einmal Notunterkünfte einrichten musste. Das heißt, wir hätten pro Bett fünf- bis zehnmal ordentlich herauswischen können. Diese Dinge hätten entsorgt werden müssen, weil keine Wäscherei virenverseuchte Wischbezüge annimmt. – Wenn das als Antwort noch nicht reicht, dann kommen Sie bitte noch einmal persönlich auf mich zu. – So viel als Vorrede, weil dieses Thema jeden Redner jeder Fraktion scheinbar besonders interessiert.

Darüber hinaus haben wir in großem Umfang Masken, Desinfektionsmittel und Sonstiges beschafft, was dringend nötig war und was in meinen Augen auch vorgehalten werden muss. Wir werden jetzt auch, weil die Krise noch nicht vorbei ist, weil wir als

Lehre aus der Krise den Schluss ziehen, dass wir auch künftig bei Naturkatastrophen, Seuchenzügen und dergleichen eventuell wieder Tausende Menschen einige Wochen lang irgendwo unterbringen müssen, die Versorgung mit Notunterkünften weiter ausbauen, um künftig nicht wieder unter Zeitdruck schnell Dinge organisieren zu müssen.

Dazu gehört auch, dass wir sehr zeitnah die Wirtschaft liquide halten mussten. Deshalb haben wir als Erste begonnen, Soforthilfe einzurichten und Soforthilfe anzubieten. Es haben auch sehr viele Unternehmen in den Märztagen noch vom Freistaat Bayern Geld bekommen. Natürlich haben nicht alle Geld bekommen, weil wir 40.000 bis 50.000 Anträge auf Soforthilfe hatten. Dann kam der Bund hinzu. Die Lehre war dann auf alle Fälle, diese Dinge zu digitalisieren und diese Dinge technisch besser aufzusetzen.

In diesen Tagen geht die Soforthilfe in Bayern über die Ziellinie. Ende Mai ist Schluss mit dieser ersten Tranche an Soforthilfe. Dann werden über 300.000 Unternehmen in Summe über zwei Milliarden Euro bekommen haben. Dann werden aber auch über 100.000 weitere Antragsteller die Antwort bekommen haben, nichts zu bekommen. In diesen Tagen ist schon die Meldung des Obersten Rechnungshofes eingeflattert, dass sie jetzt darüber schauen, ob wir auch alles richtiggemacht haben. – Das ist auch die Antwort darauf, dass es einigen vor einiger Zeit nicht schnell genug gehen konnte. Denen wäre es aber egal gewesen, wenn ich jetzt dastehen und verkünden müsste, dass wir vielleicht eine Milliarde Euro an Leute ausbezahlt haben, die gar nicht berechtigt waren. Damit müssen sich jetzt andere Bundesländer herumschlagen. Wir stehen hier, glaube ich, relativ gut da.

Jetzt geht es darum, wie es hier weitergeht. Der Bund hat eine Überbrückungshilfe angekündigt, die im Juni oder Juli greifen soll. Die genauen Eckdaten stehen noch nicht fest. Wir werden aber darauf hoffen und wirken hier auch ein, dass es bürokratisch leistbar ist. Die Eckdaten sind, dass Unternehmen bis zu 50.000 Euro im Monat bekommen sollen, wenn sie massive Umsatzeinbrüche haben, wohl bis zu 250 Mitarbeiter aufgestellt. Die Abwicklung werden wir uns genau überlegen müssen, damit das

auch richtig läuft und dann zeitnah bei den Unternehmen ankommt. Vom Solo-Selbstständigen bis zum Betrieb mit 250 Beschäftigten soll jetzt also die Anschlussfinanzierung über ein Überbrückungsgeld kommen. Genau so haben wir unsere Kreditlinien aufgestellt. Wir bieten als Freistaat Bayern ein umfangreiches Kreditprogramm an, von Corona-Schnellkrediten bis zu diversen anderen Kreditmodellen, die über die Hausbanken und die LfA ausgereicht werden. Mittlerweile gibt es auch mehrere Tausend Antragsteller und an die zwei Milliarden Euro, die hier schon an Liquiditätshilfen für die Wirtschaft im Raum stehen.

Natürlich geht es jetzt im Blick nach vorne darum, gezielt die Branchen zu öffnen, die noch geschlossen sind, ohne Infektionsrisiken heraufzubeschwören, bis hin zu den Messen, von denen wir hoffen, dass wir diese ab September als Blick in die Zukunft und als Transformationsplattform auch bayerischer Exportwirtschaft wieder abhalten können, um die Exportwirtschaft wiederzubeleben. Auch dort laufen momentan große Defizite auf, weil die Messen geschlossen sind. Wir sehen, dass viele andere Wirtschaftsbereiche Fuß fassen, aber nur verhalten Fuß fassen. Der Handel beispielsweise ist im Lebensmittelbereich sehr gut unterwegs. Andere Sortimente wie Textilien und dergleichen haben nach wie vor große Probleme. Hier ist auf alle Fälle zu befürchten, dass ganze Branchen noch über Monate hinweg in Probleme schlittern werden. Das müssen wir genau im Auge behalten.

Wir müssen jetzt kluge Investitionsprogramme starten. Ich bin davon überzeugt, dass wir ohne die Kommunen nicht auf die Beine kommen. Wir erleben derzeit, dass Kommunen Investitionsentscheidungen auf Eis legen, beispielsweise die Turnhalle, die sie bauen wollten, jetzt stoppen, weil sie Haushaltssperren verhängen. Dann sieht man, wo man hier ansetzen muss, um die Bauwirtschaft, um das Handwerk, um all diese Branchen am Laufen zu halten. Wir schauen jetzt, was hier vom Bund kommt. Ich hoffe, vom Bund kommt sehr Vieles, damit wir als Bayern nur ergänzen müssen. Ohne Bund läuft hier nichts.

Ohne Bund läuft auch nichts bei wichtigen steuerpolitischen Entscheidungen. – Danke an den Ministerpräsidenten für die Durchsetzung der 7 % Mehrwertsteuer in der Gastronomie. Hoffentlich bleibt uns diese Entscheidung für mehrere Jahre oder für die Ewigkeit erhalten, weil das berechtigt ist.

Genauso brauchen wir jetzt eine bessere steuerliche Verlustrechnung, um die guten Jahre 2018 und 2019 mit dem Jahr 2020 zu verrechnen, damit die Betriebe hier Geld herausbekommen. Wir brauchen hier eine degressive AfA, wie sie sich in anderen Krisenzeiten bewährt hatte, damit Investitionsgüter schon im ersten Jahr mit 25 oder 30 % abgeschrieben werden können, damit die Entscheidung zum Kauf solcher Gerätschaften und Ausrüstungen leichter fällt.

Jawohl, wir brauchen eine Vielzahl von Zukunftsinvestitionen, von den Start-ups, bei denen wir jetzt nachbessern, bis hin zu einer Wasserstoffstrategie, die ich morgen in Nürnberg verkünden werde – als bayerische Strategie, weil der Bund wieder mal auf sich warten lässt. Die Entscheidung war für Mittwoch versprochen, da haben wir gesagt: Warten wir den Bund noch ab. Leider kommt wieder nichts. Wir warten seit einem halben Jahr. Auch hier würde ich mir wünschen, dass vom Bund mehr Rückenwind für solche Zukunftstechniken kommt.

Wir setzen weiterhin auf die erneuerbaren Energien. Sehen Sie auf unsere 200 PV-Freiflächenanlagen! Kein Land hat ähnliche Zahlen vorzuweisen. Wir wollen – und wir tun das schon – die Nutzung der Dachflächen weiter ausbauen. Wir wollen das nicht nur, wir tun es: Wir haben schon 15.000 Zusagen beim PV-Speicher-Programm gegeben. Wir sind bei der Energiewende noch an vielen anderen Stellen unterwegs.

Ich bin davon überzeugt, dass die Bio-Ökonomie jetzt eine große Chance bekommen muss und dass wir auch Themen wie Digitalisierung schlichtweg weiter voranbringen müssen. Wir sehen natürlich, dass momentan jeder "digitalisieren" will. Wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht Engpässe in der Versorgung und dann wieder Preissteigerungen generieren. Wenn wir nur noch "Digitalisierung" fördern wollen, dann wird

das Personal dort knapp. Wir werden die Wirtschaft also in ihrer Breite mitnehmen und den Menschen wieder Zuversicht geben müssen. Genau das tun wir.

Das alles ist finanziell solide hinterlegt. Wir haben einen riesigen Rettungsschirm namens "BayernFonds" in der Schublade. Wenn uns die EU das genehmigt, können wir der Wirtschaft quasi unbegrenzt helfen. Ich hoffe aber, dass wir dieses Instrument nicht brauchen. – Damit ist Bayern gut aufgestellt und wird in Zukunft noch besser aufgestellt sein. – Vielen Dank. Die Uhr ist abgelaufen.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Staatsregierung hat als nächste Rednerin Staatsministerin Melanie Huml das Wort.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona beschäftigt uns, Corona beschäftigt uns seit Monaten, nicht nur uns hier im Parlament, sondern auch viele, viele Familien und Menschen in Bayern.

Ich muss Ihnen sagen, dass uns unsere abgestimmte, abgewogene, vorsichtige und umsichtige Vorgehensweise nicht leichtgefallen ist. Wir hatten aber trotzdem den Mut, den Menschen zu sagen, dass es notwendig war, eben mal komplett zu schließen. Wir nehmen jetzt Schritt für Schritt Erleichterungen vor.

Ich bin allen sehr dankbar, die in den letzten Monaten mitgeholfen haben. Wir haben das schon angesprochen. Das betrifft die Pflegekräfte, die Eltern zu Hause usw. usf.

Ich kann Ihnen aber sagen, dass ich es für immens gefährlich halte, hier am Rednerpult so zu tun, wie es in den letzten Wochen so mancher Kollege aus einer Fraktion getan hat, als seien wir jetzt einfach durch, als sei morgen alles wieder normal. Wir mögen uns das zwar wünschen, es ist aber nun mal nicht so. Ich bin deswegen sehr froh, dass die Mehrheit der Fraktionen mit diesem Thema weiter so verantwortungsvoll umgeht.

Lieber Hubert Aiwanger, wir kennen den Wunsch aus der Wirtschaft. Wir haben viele Konzepte gemeinsam mit den anderen Ministerien erarbeiten dürfen, etwa das Hygienekonzept. Das ist nicht immer ganz einfach. Es geht ja nicht darum, irgendjemandem etwas aufzudrücken. Wir sagen der Gastronomie nicht, dass Abstand gehalten werden muss und Masken getragen werden müssen, weil uns das Spaß macht, sondern wir sagen das, weil wir eine Verantwortung haben. Es ist wichtig, dass wir die Bevölkerung mitnehmen und ihr diese Verantwortung immer wieder erklären. Ich weiß, dass das in diesem Bereich nicht ganz simpel ist. Man sieht aber aus Umfragen, dass zwei Drittel der Bevölkerung der Auffassung sind, dass dieser Weg, obwohl er für den Einzelnen das eine oder andere bedeutet, richtig ist. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Wir sollten diesen Weg weitergehen.

Erstens muss unser Handeln an Realitäten ausgerichtet sein. Eine Realität ist nun mal, dass das Virus noch da ist. Das heißt, dass wir das bei allen unseren Entscheidungen darüber, wie wir mit Corona leben, berücksichtigen müssen. Wir müssen hier, auch wenn die Zahlen im Moment erfreulich niedrig sind, trotzdem vorsichtig bleiben.

Zweitens. Wir haben Corona momentan deshalb vergleichsweise gut unter Kontrolle, weil wir es nicht einfach laufen lassen und weil wir diese Entscheidungen getroffen haben.

Drittens lassen wir wieder Erleichterungen zu und gehen hier weiter voran.

Ich kann Ihnen eines sagen: Wir müssen auch auf die Berufsgruppen schauen, die besonders betroffen sind. Ich muss mir hier manchmal anhören, wir würden plötzlich entdecken, wie wichtig die Pflege ist. – Wir haben in Bayern seit Jahren ganz bewusst ein Gesundheits- und Pflegeministerium, weil wir die Pflege eben ganz besonders mit im Blick haben. Sie wissen, dass wir uns auf Bundesebene schon in vielen Bereichen für die Pflege eingesetzt haben. Schauen Sie sich mal den Koalitionsvertrag nicht nur hier auf bayerischer, sondern auch auf Bundesebene an! Dann sehen Sie, dass wir uns dafür einsetzen, dass es für alle Pflegekräfte einen Tariflohn geben soll. Wir setzen

uns dafür ein, dass sich in der Pflege auch die Arbeitsbedingungen wirklich verbessern.

Wir können da aber sicherlich noch mehr machen. Wenn dann unser Pflegebonus lax als "Taschengeld" bezeichnet wird: Wir geben als Freistaat Bayern – ich bin dafür dem Finanzminister, der ganzen Staatsregierung und auch dem Landtag als Haushaltsgeber dankbar – über 130 Millionen Euro für die Pflegekräfte aus. Ich finde, das ist eben nicht nur ein Taschengeld, sondern wir nehmen wirklich ordentlich Geld in die Hand, um zu zeigen, dass wir die Arbeit der Pflegekräfte wertschätzen. Wir werden schauen, dass sich auch in Zukunft noch einmal einiges bei Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Ausbildung verbessert.

Wir werden uns hier im Landtag auch darüber Gedanken machen, wie es weitergeht und welche Lehren wir ziehen. – Eine Lehre besteht selbstverständlich darin, dass wir uns eine Reserve, einen Grundstock nicht nur für drei, sondern für sechs Monate anlegen wollen. Wir wollen hier eben vorbauen.

Ich gestehe, dass es Zeiten gab, in denen wir uns Gedanken darüber gemacht haben, wo wir Masken herbekommen. Auf dem Weltmarkt waren die Masken plötzlich fast Gold wert geworden. Normalerweise besorgen sich die Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Ärzte ihr Material und ihre Arbeitsschutzbekleidung selbst. Plötzlich aber waren wir als Staat am Zuge zu sagen: Wir kümmern uns darum. Wir organisieren zentrale Beschaffungen. – Das war richtig.

Wir haben auf diesem Wege viel an Schutzausrüstung zur Verfügung stellen können. Gott sei Dank hat sich die Lage hier wieder entspannt. Um nicht wieder in eine Abhängigkeit zu kommen, werden wir für Bayern einen Grundstock aufbauen. Wir haben das im Kabinett beschlossen und werden es als Gesundheitsministerium jetzt zusammen mit dem Innenministerium und dem Wirtschaftsministerium angehen, diesen Grundstock für sechs Monate aufzubauen. Danke auch für die Unterstützung der Vorredner zu diesem Themenbereich.

Was werden wir in den nächsten Wochen noch tun? – Wir werden die Testkapazitäten massiv ausbauen. Ich kann Ihnen aber auch sagen: Wir hatten am Anfang der Krise die ersten Fälle bei Webasto. Da mussten wir die Abstriche nach Berlin schicken, weil es bei uns in Bayern noch keine Testmöglichkeiten gab. In den letzten Monaten haben wir extrem eigene Testmöglichkeiten aufgebaut. Die Kapazitäten wurden nicht nur über unser Landesamt, sondern auch an den Universitäten und in privaten Laboren ausgebaut. Wir haben jetzt über 20.000 Testmöglichkeiten und wollen diese auf bis zu 30.000 oder 40.000 weiter steigern.

Vorhin hat jemand angesprochen, warum die Kapazitäten nicht genutzt werden. Wir hatten sie dem Bedarf entsprechend ausgebaut. In den letzten Tagen und Wochen haben wir etwas weniger gebraucht, weil weniger Fälle auftraten. Wir wollen auch mehr Testungen anbieten und durchführen – sei es in den Seniorenheimen, den Krankenhäusern, aber auch in Schulen und Kindertagesstätten. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass dort durchgetestet werden kann, damit wir auch unerkannte Fälle sichtbar machen und dann auch reagieren können.

Um reagieren zu können, müssen wir die Infektionsketten gut nachverfolgen können. Für die Nachverfolgung vor Ort brauchen wir die Gesundheitsämter mit unseren CT-Teams. Ich bin dankbar, dass uns die Kollegen aus den anderen Ministerien Mitarbeiter zur Verfügung gestellt haben. Wir werden diese zusätzlichen Mitarbeiter nicht unendlich lange haben können. Deswegen werden wir in diesem Bereich noch mal umstellen. Mit all diesen Maßnahmen haben wir uns in den letzten Wochen und Monaten sehr bemüht, alles Menschenmögliche zu tun und gleichzeitig bestmöglich vorbereitet zu sein, falls es eine zweite Welle geben wird, wovon ich ausgehe. Wir haben alles getan, um auch für weitere Pandemien oder Ausbrüche vorbereitet zu sein.

Ich kann an dieser Stelle nur noch einmal sagen, dass wir die Kapazitäten der Intensivbetten auf 30 % aufgebaut haben. Wir bleiben dabei nicht stehen, sondern wir wollen weitermachen. Wir haben sehr wohl auch in den Strukturen vorgesorgt: Versor-

gungsärzte vor Ort, Ärztliche Leiter für FÜGK, die sich um die Verlegung der Patienten kümmern, falls das notwendig ist.

Ja, wir sind bisher gut durch die Pandemie gekommen, aber das war und ist kein Selbstläufer. Ich bin dem ganzen Kabinett und dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass wir diese Entscheidungen treffen konnten. Okay, ich kann es ganz persönlich an manchen Stellen nachvollziehen, wenn dem einen oder anderen die Erleichterungen nicht schnell genug gehen. Aber es hilft nix: Wir müssen mit Augenmaß vorgehen. Wir müssen die Menschen auch weiter für die Maßnahmen sensibilisieren. Ich kann Ihnen eines sagen: Diese Pandemie ist nicht weg, nur weil wir das denken, draußen schönes Wetter ist und die Infektionszahlen niedrig sind. Wir müssen weiter daran arbeiten, mit der Pandemie zu leben. Ich danke denjenigen, die bei den Maßnahmen mitgehen.

Wir werden heute noch Dringlichkeitsanträge mit Fragen wie "Braucht es die Maskenpflicht?" beraten. Als Antwort kann ich nur geben: Doch, wir müssen weiter an die Einhaltung von Abstand denken. Wir brauchen weiterhin eine Mund-Nasen-Bedeckung, um weiter gut durch diese Pandemie zu kommen. Vielen Dank allen, die die Maßnahmen mittragen und diese durch eigenverantwortliches Handeln umsetzen, trotz aller notwendigen Erleichterungen, die wir Schritt für Schritt einleiten. In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.